



Bremer Autobahn-Trickserei

VON MICHAEL BRANDT

Bremen lässt das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ins Leere laufen. Die Richter dürften dieser Tage nicht schlecht gestaunt haben angesichts der Nachrichten aus Bremen. Und sie dürften sich leicht veräppelt gefühlt haben. Erst befassen sie sich über Monate mit Detailfragen der A281-Planung, sie verhandeln schließlich mehr als elf Stunden mündlich mit allen Beteiligten über Monsterknoten und Querspange, kündigen einen Urteilsstermin in der nächsten Woche an und müssen dann einen Tag später erfahren, dass das alles nur heiße Luft ist? Eine politische Inszenierung, bei der sie nur eine Nebenrolle spielen?

Matthias Güldner, immerhin grüner Fraktionsvorsitzender in der Regierungskoalition, kündigt wie selbstverständlich an: Bremen werde weite Teile des umstrittenen Autobahnabschnitts gar nicht bauen. Was Güldner antreibt, zu diesem Zeitpunkt vorzupreschen, ist auf den ersten Blick nicht auszumachen. Denkbar, dass er sich den Kattentürmen und Huckelriedern für die kommende Bürgerschaftswahl empfehlen will. Selbst wenn der Fraktionsvorsitzende auf der Liste einen sicheren Platz bekommt, macht es sich nicht schlecht, persönlich ein gutes Stimmresultat einzufahren. Und bei den betroffenen Bürgern ist das grüne Entgegenkommen sicher gut angekommen.

Denkbar aber auch, dass Güldner seinem Parteikollegen und Verkehrssenator Reinhard Loske eins auswischen will. Denn den Senator, der in diesem Verfahren federführend ist, bringen die Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden in eine

denkbar schlechte Lage. Güldner nötigt Loske – oder zumindest sein Ressort – die umstrittenen Autobahnplanungen zu verteidigen.

Denn Monsterknoten und Querspange wurden von den Bremer Anwälten am vergangenen Mittwoch noch vehement verteidigt. Zitat aus einer Stellungnahme der Anwälte: „Die Querspange ... ist nach Auffassung der Stadt Bremen erforderlich, um diesen Knotenpunkt zu entlasten und den Verkehr aus dem Westen in die Kattenturmer Heerstraße ... zu führen.“ In Leipzig vertrat die Verkehrsbehörde also die Position, dass es ohne die umstrittenen Autobahnbestandteile nicht geht. Es wäre wenig glaubwürdig, wenn diese Position einen Tag nach Leipzig schon von offiziellen Prozessbeteiligten und Regierungsmitgliedern widerrufen würde.

Mehr und wichtiger noch: Güldner prescht nicht einfach so nach vorn. Tatsächlich gilt es in Regierungskreisen längst als ausgemachte Sache, dass Bremen den Monsterknoten stark verändert und auf die Querspange ganz verzichtet. Folgender Fahrplan, heißt es im Regierungsumfeld, sei bereits vor dem Verhandlungstermin am vergangenen Mittwoch verabredet worden: Für den Fall, dass die Richter die Bremer Planungen über weite Strecken bestätigen, hätte der Senat entschieden, dass einerseits mit dem Bau des betreffenden Abschnitts 2/2 begonnen werden solle, andererseits die Planungsgesellschaft Deges bis zum Jahreswechsel schnell einige entscheidende Veränderungen erarbeiten solle. Und das wären dann – Überraschung! – der Verzicht auf die Querspange und ein abgespeckter Knoten gewesen. Es wäre nicht weiter verwunder-

lich, wenn auch dieses Ergebnis schon längst fertig in den Schubladen der Deges läge. Die Autobahnplanungen werden vollends zum politischen Theater.

Was für fast zehn Jahre als unverrückbare Notwendigkeit galt, kann am Ende doch innerhalb von vier Wochen verändert werden. Die Bremer Autobahnplanungen liefern immer wieder neue, erstaunliche Aspekte.

Nach menschlichem Ermessen müssten die Richter in Leipzig angesichts der taktischen Autobahn-Tricks der rot-grünen Koalition am 24. November ein Urteil fällen, das sich ungefähr so liest: Bremen hat offenbar selbst erhebliche Zweifel an der Logik, Sinnhaftigkeit und Bürgerfreundlichkeit der bisherigen Autobahnpläne. Also müssen sich die Bremer Planer noch einmal hinsetzen und eine bessere Lösung für den Bauabschnitt 2/2 zwischen Flughafen und Kattenturm suchen. Eine planerische Ehrenrunde zu Lasten derer, die auf den Autobahn-Ringschluss warten.

Und wenn die Richter am Bundesverwaltungsgericht demnächst die nächste Klage auf den Tisch bekommen, an der Bremen beteiligt ist, dann dürften sie sich sehr gut an die jetzigen Spielchen erinnern und folglich zweimal hinschauen. Das wird spätestens dann der Fall sein, wenn die Bürger aus Seehausen und Hasenbüren an der Stelle stehen, wo jetzt die Kattenturmer Initiativen sind. Die Seehäuser haben bekanntlich vor einigen Wochen Klage gegen die A281-Tunnelpläne eingereicht. Eigentlich könnten sich die Strategen der rot-grünen Koalition schon jetzt zusammensetzen und eine anwohnerfreundliche Alternative ausarbeiten. Das würde viel Geld und Zeit sparen.